IPG

KOMMENTAR 01.07.2014 | Kristian Brakel

Sykes-Picot zerfällt – endlich!

Doch der eigentliche Bruch der kolonialen Ordnung wäre ein Bewusstseinswandel in der westlichen Politik.

Seit Beginn des syrischen Bürgerkriegs beschwören Analysten und Politiker das Ende der regionalen Ordnung im Nahen Osten. Der Vormarsch von ISIS im Irak letzte Woche hat dieser These neuen Auftrieb verliehen. Die Analyse begleitet oft ein institutionalisiertes Wehklagen ob des Zusammenbruchs dieser postkolonialen Grenzziehung. Warum eigentlich?

Zum einen ist unklar, ob die alten Nationalstaaten wirklich so schnell von der Bildfläche verschwinden werden. Zum anderen stellt sich die Frage, warum die vor fast 100 Jahren willkürlich kreierten Nationalstaaten überhaupt ein Zukunftsmodell für die Region sein sollen.

Als der britische Diplomat Sir Mark Sykes am 16. Mai 1916 mit seinem französischen Kollegen François Georges-Picot das sogenannte „Asia-Minor-Abkommen“ unterzeichnete, das den Nahen Osten nach Ende des ersten Weltkrieges in britische, französische und ursprünglich auch russische Kontroll- und Einflusssphären teilte, wurde der Grundstein gelegt für viele der modernen „Nationalstaaten“ der Region. Denn Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien, Israel, Palästina, Irak und der Libanon existierten bis dato nicht als eigenständige Länder, sondern nur als Teile des osmanischen Reiches. Die Kolonialherren genehmigten sich selbst großzügige Privilegien; man wollte in die Geschicke dieser neuen Staaten eingreifen, wo immer dies nötig schien. Das Abkommen und die folgenden Verträge der „Anglo-Französischen Einigung“, der Konferenzen von San Remo und Sèvres erteilten dem Streben der arabischen Nationalbewegung nach einem eigenen Staat bekanntlich entgegen anders lautender Versprechungen der Briten eine Absage. Vorgesehen waren lediglich arabische Vasallenregime unter der Oberhoheit der Kolonialherren. Gruppen wie den Kurden wurde die Unabhängigkeit ebenso verweigert. Lediglich die jüdische Nationalbewegung der Zionisten sollte mehr als zwanzig Jahre später ihre Aspirationen auf einen eigenen Staat verwirklichen können.

Als anlässlich der russischen Oktoberrevolution das Abkommen an die Öffentlichkeit kam, war der Aufschrei der arabischen Nationalbewegung, die auf Seiten der Ententemächte gekämpft hatte, entsprechend groß. Noch heute gilt dieser Betrug vielen Arabern als Beleg für eine Politik des Westens, die die Menschen in der Region nur als Schachfiguren in weltpolitischen Auseinandersetzungen wahrnimmt.

Churchill als Hebamme

Die am Reißbrett gezogenen Grenzen - Winston Churchill brüstete sich, den Staat Jordanien "mit einem Stiftzug an einem Sonntagnachmittag" geschaffen zu haben - sind die Grundlage, wenn auch nicht die Ursache für viele der Konflikte im modernen Nahen Osten: der Israel-Palästina Konflikt, der libanesische Bürgerkrieg, der irakische Überfall auf Kuwait, der türkisch-kurdische Bürgerkrieg. Auslöser für all diese Konflikte war lokale und regionale, nationalistisch-exkludierende Politik. Manchmal wurde diese von externen Mächten unterstützt. Manchmal war sie komplett hausgemacht. Aber die Leinwand, auf der diese Politik entstand, war Sykes-Picot.

Ist es nicht also Zeit, dass diese überkommenen Grenzen sich endlich verschieben und existierende Spaltungen in den Gesellschaften vor Ort besser abbilden, als das die bisherigen Staaten derzeit vermögen?

Ist es nicht also Zeit, dass diese überkommenen Grenzen sich endlich verschieben und existierende Spaltungen in den Gesellschaften vor Ort besser abbilden, als das die bisherigen Staaten derzeit vermögen? Zeit für einen palästinensischen Staat ist es allemal, und auch die Kurden – die ohne Frage für ihre Bürger im Irak und in Syrien bisher eine stabilere Ordnung gewährleisten, als es der jeweilige Zentralstaat tut - haben einen eigenen Staat verdient. Aber sind denn die Nationalstaaten der Region tatsächlich in Auflösung begriffen?

Seit etwa zwei Jahren prophezeien Beobachter ein Übergreifen des syrischen Bürgerkrieges auf den Libanon. Und ohne Frage sind die v.a. mit Autobomben ausgefochtenen Kämpfe zwischen Unterstützern und Gegnern des Assadregimes im Land zu spüren. Es scheint aber eine Übereinkunft der wichtigsten politischen Akteure zu geben, den Konflikt nicht über eine bestimmte Stufe eskalieren zu lassen. Die Schwächung der Hizbullah zu Hause und der Influx vieler sunnitischen Flüchtlinge wird mittelfristig Veränderungen in der libanesischen politischen Landschaft zeitigen. Von der Abschaffung des Libanon als

Staat spricht aber niemand.

Syrien und der Irak sind in weiten Teilen unregierbar geworden und es erscheint unwahrscheinlich, dass ein starker Zentralstaat auf mittlere Sicht wieder einen Herrschaftsanspruch wird durchsetzen können. Eine erklärte Intention, Syrien als Staat zu zerschlagen, gibt es aber weder vom Großteil der syrischen Opposition, noch vom Regime. Im Gegenteil: Das Eingeständnis, dass Syrien als Gesamtstaat erstmal nicht wiedererstehen wird, würde der Konfliktregelung im Land helfen. In jedem Fall vollziehen sich diese territorialen Neuordnungen innerhalb der syrischen Grenzen.

Der wahrscheinlichste Kandidat für ein solches Szenario ist also der Irak. Bisher ist aber nur zu beobachten, dass ISIS in größtenteils staatlich ohnehin vernachlässigte Gebiete vorstößt. Auch die Ausrufung eines Kalifats, wie diese Woche von ISIS-Kommandeur Baghdadi vorgenommen, schafft noch kein funktionierendes Staatsregime. Dazu wäre neben dem kontrollierten Territorium auch eine schwierig vorstellbare Anerkennung von außen notwendig.

Die reine Tatsache, dass bewaffnete Gruppen über nationale Grenzen hinaus operieren, stellt dabei noch kein Novum dar. Die Hamas ist seit Jahren auch im Sinai aktiv, die PLO operierte vor der Rückkehr nach Palästina aus Jordanien und dem Libanon heraus in die West Bank und nach Israel hinein. Und auch die PKK hatte Rückzugsgebiete in Syrien und im Irak. Zumindest die PLO wurde in diesen Ländern auch zur eigenständigen militärischen Partei, die mit dem jeweiligen Zentralstaat in Konflikt geriet. Auch das ist also nicht neu. Weiterhin ist der Umstand, dass Staaten nicht mehr die volle Kontrolle über ihr Territorium innehaben, zwar in der politikwissenschaftlichen Definition eines Staates ein Signal für ihren Zerfall, in der nahöstlichen Realität aber keine Neuigkeit. Das beste Beispiel dafür ist die Hizbullah, die schon seit dem Jahr 2000 den kompletten Südlibanon kontrolliert und militärisch wesentlich schlagkräftiger ist als die libanesische Armee. Der Libanon ist kein besonders stabiler Staat, aber nichtsdestotrotz ein Staat.

Was ist wirklich neu an ISIS?

Man kann argumentieren, dass die sektiererische Natur von ISIS – die Vision eines sunnitisch-homogenen Staates – das neue Element sei, das im Gegensatz zu den Nationalstaaten von Sykes-Picot stehe. Dies ist sicher richtig. Nur wie realistisch erscheint es, dass ISIS sein Ziel

verwirklichen kann? Nicht nur ist unklar, wie solche Staaten ohne riesige Bevölkerungsbewegungen und immense Gewalt entstehen könnten, es ist auch unklar, was mit den vielen Minderheiten geschehen soll. Nicht nur die Christen, sondern auch Yeziden, Bahai, Drusen und verschiedene schiitische Splittergruppen würden in solchen Staaten wohl kaum Schutz vor Verfolgung finden - von den Irakern, die sich nicht anhand religiöser Zuordnungen definieren wollen, ganz zu schweigen. Die Wahrscheinlichkeit, dass wie so oft bei Grenzziehungen, zu allererst Fragen nach Macht und Ressourcen im Vordergrund ständen und zuletzt, welche Ordnung den lokalen Gegebenheiten am Besten entspräche, ist groß.

Beispiele aus der Geschichte Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg oder aus dem ehemaligen Jugoslawien machen deutlich, wohin die Reise gehen könnte.

Entscheidend für Sykes-Picot ist nicht nur die geographische Aufteilung, sondern der kolonial geprägte Blick auf die Region nicht als Lebensraum von Millionen Menschen, sondern als geo-strategische Einflusssphäre.

Ein Zerfall von Sykes-Picot wird daher nicht zwingend zu einer besseren regionalen Ordnung führen und der Weg dorthin wird blutig sein. Das Problem des Nahen Ostens ist nicht das Vorhandensein von multiplen Ethnien und Religionen auf engstem Raum, sondern exkludierende Politik, die diese immer wieder gegeneinander ausspielt.

Ja, Sykes-Picot mag hinfällig sein. Ja, Sykes-Picot ist eine koloniale Ordnung, die den Menschen in der Region nicht dient. Und nein, man sollte um den Zusammenbruch dieser Ordnung nicht zu viele Tränen vergießen. Doch das heißt nicht, dass eine bessere Alternative in Sicht wäre.

Entscheidend für Sykes-Picot ist aber nicht nur die geographische Aufteilung, sondern der kolonial geprägte Blick auf die Region nicht als Lebensraum von Millionen Menschen, sondern als geo-strategische Einflusssphäre, als Experimentiertisch, dessen Bewohner Erziehung und Anleitung brauchen, um den Weg zur Moderne zu finden und als Verfügungsmasse, deren Menschen man subjektiven Gestaltungswillen sowohl von rechts als auch von links gern abspricht. Dass externe Akteure auch aus dem Westen seit 2011 an Gestaltungsmacht in der Region eingebüßt haben, mag einen Wandel beschleunigen. Unabhängig

davon, ob sich die geographischen Grenzen der Region nun wirklich nachhaltig verschieben, ist eines offensichtlich: Ein Bewusstseinswandel gerade in der westlichen Politik würde das eigentliche Ende von Sykes-Picot bedeuten. Es wäre an der Zeit.



Kristian Brakel
Berlin

Kristian Brakel leitete bis zur Auflösung des Mandats das Büro der EU Sonderbeauftragten für den Sudan in Khartum. Vor seiner Tätigkeit im Sudan war er für die Vereinten Nationen, das Auswärtige Amt und verschiedene NGOs in der arabischen Welt tätig. Er schreibt zu Fragen von Frieden, Konflikt und Demokratie im Nahen Osten und Nordafrika, besonders zur Rolle der Jugend. Der Artikel gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

2 LESERBRIEFE

Annmari schrieb am 08.07.2014

Ein sehr mutiger und aufschlussreicher Artikel, der dadurch einen anderen Denkansatz zu dieser komplexen,allgemein kaum zu begreifendenden Problematik ermöglicht.
Vielen Dank Herr Brakel.
İch bin gespannt auf ihren naechsten Artikel.

Wenn alle immer nur aus einem, wie auch immer geartetem korrektem Blickwinkel, die gleichen Argumente celebrieren, gibt es keinen Meinungsaustausch mehr, und damit auch schleichend ‚aber sicher die Meinungsfreiheit auch dann nicht mehr...

---

paedoecus schrieb am 21.07.2014

Obwohl sich Frankreich seit 1905 als säkularistischer Staat definiert, hat die französische Mandatsmacht nach dem Ersten Weltkrieg den Libanon als eigenen Staat für die christlichen Araber der mit der römisch-katholisch unierten Maronitischen Kirche von Syrien abgetrennt. Das ist doch eigentlich paradox – oder ein Messen mit zweierlei Maß und Heuchelei.
Der arabische Nationalismus, der wesentlich von christlichen Arabern mitbegründet wurde, die während ihres Aufenthalts in Europa diese Ideologie übernommen hatten, hat sich als groß aufgeblasener, aber leerer Ballon erwiesen, der jetzt geplatzt ist. Die national-sozialistischen Baath-Parteien Syriens und des Iraks hatten beide die Parole: „Eine einzige arabische Nation mit einer ewigen Botschaft“, waren zeitweise jedoch so sehr miteinander verfeindet, daß die Staatsbürger des

einen nicht in den jeweils anderen arabischen „Bruderstaat“ einreisen konnten. Wer meint, mit der „ewigen Botschaft“ sei der Islam gemeint, hat weit gefehlt; der Islam ist für die arabischen Nationalisten nur eine historische Erscheinung, aber keine tragende und verbindende Kraft.
Nach diesem Scheitern des arabischen Nationalismus und der seit dem Anfang der 80er Jahre einsetzenden Rückbesinnung auf islamische Werte, zeichnet sich nun eine neue Entwicklung ab, die auf die Schaffung eines Staates oder mehrerer Staaten mit einer islamischen Ordnung abzielt, nachdem der Islam über ein Jahrhundert lang nur als leere Bezeichnung und Feigenblatt gedient hat. Es bleibt noch der Sturz all jener Regime abzuwarten, die sich als „islamisch“ bezeichnen, denen jedoch die innere Umsetzung der islamischen Werte fehlt, allen voran das Königreich Saudi Arabien.
Die Bewohner des zum bisherigen Staat Syrien gehörigen Euphrattals im Osten des Landes sprechen nicht einen syrischen, sondern einen irakischen Dialekt. Daher gesehen ist die Vereinigung dieser Gebiete mit irakischen Gebieten auf der anderen Seite dieser künstlichen, von den Mandatsmächten gezogenen Grenze verständlich und den meisten dortigen Einwohnern vermutlich

willkommen. Das heutige Königreich Jordanien ist eigentlich nur ein „Wurmfortsatz“ Syriens, und die Vorfahren nicht weniger jordanischer Familien sind vor hundert und mehr Jahren aus Syrien eingewandert. Beide sprechen ähnliche Dialekte und könnten sich problemlos verständigen, wären da nicht zahlreiche von den ehemaligen Mandatsmächten übernommene Wörter, in Jordanien englische, in Syrien französische, und wären da nicht die beiden unterschiedlichen Staatsordnungen, in Jordanien Erbmonarchie mit dem Islam als „Staatsreligion“, in Syrien Präsidialdemokratie mit Säkularismus. Um wieder in einem Staat zusammenzukommen, müssen die Ordnungen beider Länder durch eine gemeinsame ersetzt werden. Als „Hinterland Palästinas“ gehört Jordanien eigentlich auch zu Palästina, und ein palästinensischer Staat wäre wohl eher nur entweder als Teil eines Großsyriens oder als ganz Palästina in den Grenzen von 1918 vorstellbar.